

Hohe Verbraucherpreise belasten enorm

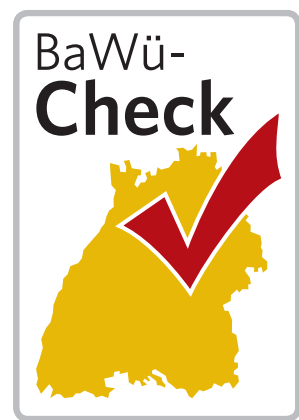
BaWü-Check | Baden-Württemberger machen sich Gedanken um Finanzen / Neue Bundesregierung soll vor allem die Renten sichern

■ Von Renate Allgöwer

Oberndorf. Das Ergebnis der Bundestagswahl löst bei den meisten Baden-Württembergern wenig Begeisterung aus. Das zeigt der neue BaWü-Check des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen. Einzig die oft gebeutelten Anhänger der Sozialdemokraten im Land sind gegenwärtig im Aufwind. Während sich die Auswirkungen der Bundestagswahl auf die Landespolitik eher schwer abschätzen lassen, zeigt sich eines deutlich: Die Entwicklung der Verbraucherpreise machen der Bevölkerung zu schaffen.

1 Bundestagswahl
In Baden-Württemberg ist nur gut jeder Dritte (36 Prozent) zufrieden mit dem Ausgang der Bundestagswahl. Fast der Hälfte (47 Prozent) wäre ein anderes Ergebnis lieber gewesen. Mehr als jeder Sechste (17 Prozent) weiß nicht recht, was er von dem Ergebnis halten soll und äußert sich unentschieden.

2 Unterschiedliche Sicht auf die SPD
Die Sozialdemokratie und ihre Anhänger haben den Wahlausgang im Bund als großen Erfolg gefeiert. Die Sympathisanten der SPD in Baden-Württemberg halten nach wie vor viel von ihrer



Partei. 74 Prozent von ihnen gefällt die Bundes-SPD derzeit gut. Bei der Gesamtbevölkerung im Südwesten sieht das anders aus. Da hat nur jeder Vierte ein positives Bild von Olaf Scholz und seiner Truppe. 37 Prozent aller Befragten gefällt die Bundes-SPD nicht gut.

Wenn es um die SPD in Baden-Württemberg geht, ist die Begeisterung auch in den eigenen Reihen deutlich geringer. Nur 54 Prozent derer, die sich als SPD-Anhänger bezeichnen, erklärten in der Umfrage, die Landes-SPD gefalle ihnen gut. Unter allen befragten Baden-Württembergern trifft das nur auf 17 Prozent zu. 42 Prozent gefällt sie nicht gut.

3 Rückwirkungen auf die Landesregierung

Zwar fällt das Urteil über die SPD im Land nicht besonders positiv aus, doch bröseln nach der Bundestagswahl der Rückhalt für die grün-schwarze Koalition in Baden-Württemberg. Im November sagten 41 Prozent der Befragten, sie würden eine Regierung aus Grünen, SPD und FDP der grün-schwarzen Koalition vorziehen. Das waren vor der Bundestagswahl bei der Befragung im Juli nur 31 Prozent. Grün-Schwarz finden aktuell 31 Prozent gut, im Juli waren es 35 Prozent. Die Demoskopie aus Allensbach betont, insbesondere Anhänger der Grünen würden die Fortsetzung von Grün-

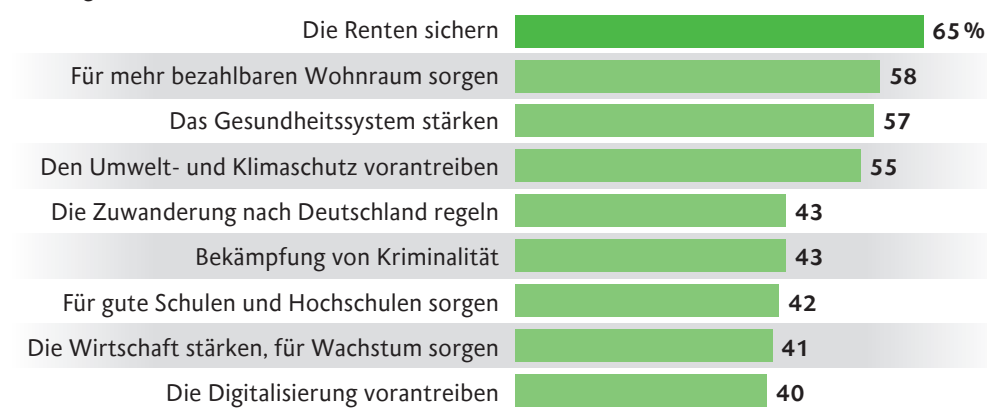


Die Bürger wollen auch im Alter gesicherte Finanzen.

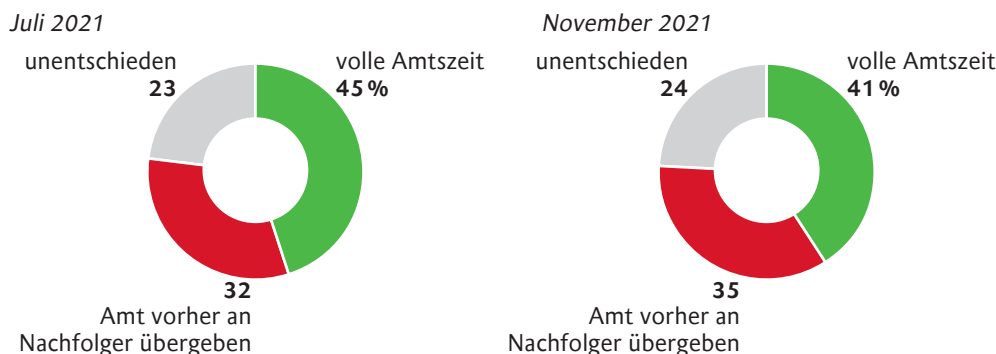
Foto: imago/Jochen Eckel

■ Vielfältige Erwartungen an die künftige Regierung

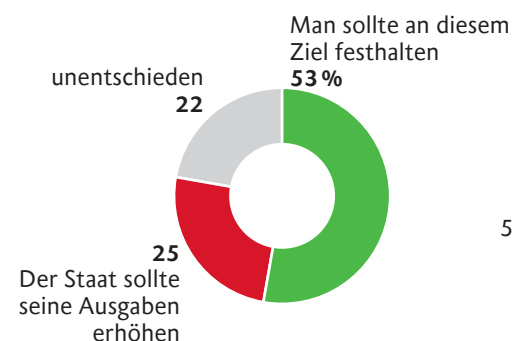
Bei welchen Themen ist Ihnen besonders wichtig, dass es rasch Fortschritte gibt?
Alle Angaben in Prozent



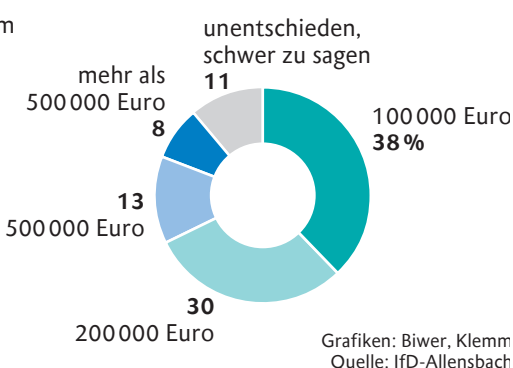
Sollte Ministerpräsident Winfried Kretschmann die volle Amtszeit, also die nächsten fünf Jahre, im Amt bleiben, oder sollte er das Amt vorher an einen Nachfolger übergeben?



Deutschland hat sich verpflichtet, möglichst keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Sollte man an diesem Ziel festhalten?



Wie hoch müsste das Einkommen einer Person im Jahr sein, damit Sie diese Person als wohlhabend bezeichnen würden?



Grafiken: Biwer, Klemm
Quelle: IfD-Allensbach

Schwarz im Land zunehmend kritisch sehen.

4 Rückhalt für Kretschmann

Im gleichen Maße wie die Zustimmung zur grün-schwarzen Koalition in Baden-Württemberg zurückgegangen ist, wird auch die Unterstützung für den populären grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann etwas weniger. Er kann sich immer noch auf eine relative Mehrheit der Befragten verlassen: 41 Prozent von ihnen wünschen sich, dass Kretschmann die volle Amtszeit bis 2026 absolviert -

im Juli waren das aber noch 45 Prozent. Jetzt plädieren 35 Prozent dafür, dass er sein Amt vorzeitig an einen Nachfolger übergibt, im Juli sagten das 32 Prozent. Bemerkenswert ist, dass sich vor allem die Unterstützer der Grünen wünschen, dass während der Legislaturperiode ein Wechsel an der Spitze erfolgt. Das erklären jedenfalls die Demoskopie. Unentschieden zeigen sich in der Frage, ob der 73 Jahre alte Regierungschef vorzeitig aufgeben sollte, jetzt 24 Prozent der Befragten, im Juli waren es 23 Prozent.

5 Die Rente ist wichtig

Zwar halten die Bürger nicht besonders viel vom Ausgang der Bundestagswahl. Doch ihre Erwartungen an eine künftige Bundesregierung sind sehr konkret. Am allerwichtigsten ist ihnen, dass die Renten sicher sind. Das nannten 65 Prozent der Befragten als oberste Priorität. 58 Prozent erwarten, dass die Regierung für bezahlbaren Wohnraum sorgt. Mit kurzem Abstand dahinter rangieren mit 57 Prozent die Stärkung des Gesundheitssystems und des Umwelt- und Klimaschutzes mit 55 Prozent. Bei

13 Themenbereichen kam die stärkere Förderung von Familien mit Kindern nur auf Rang zehn (38 Prozent), dahinter lag der Wunsch, das Schienen- und Straßennetz auszubauen und zu sanieren (30 Prozent), die öffentliche Verwaltung effizienter zu machen (29 Prozent) und die Staatsschulden zu begrenzen (26 Prozent).

6 Zwiespältige Haltung zu Schulden

Angesichts zahlreicher Wünsche und Erwartungen an die neue Bundesregierung rangiert die Begrenzung der Staatsschulden hinten in der Prioritätenliste der Bürger. Allerdings meinen 53 Prozent der Baden-Württemberger schon, dass der Bund keine neuen Schulden machen sollte. Jeder Vierte ist dagegen der Auffassung, der Staat sollte in bestimmten Bereichen mehr Geld ausgeben, auch wenn er dafür neue Kredite brauche.

7 Verbraucherpreise

Zwei von drei Befragten (65 Prozent) belasten die hohen Energie- und Lebensmittelkosten spürbar. Bei den Bürgern, die über ein niedriges Einkommen verfügen, klagten sogar drei Viertel über die Preissteigerungen. Je nach Einkommen schlagen die verschiedenen Bereiche unterschiedlich stark zu Buche. Die Bevölkerung insgesamt klagt vor allem über die Preise beim Tanken und Heizen (71 und 66 Prozent). Die Befragten mit niedrigem Einkommen treffen vor allem die Lebensmittelpreise. 76 Prozent nennen sie als Hauptproblem, gefolgt von den Stromkosten, die 74 Prozent zu schaffen machen. Das Tanken folgt bei den weniger Betuchten mit 61 Prozent erst nach der Belastung durch das Heizen (69 Prozent) auf dem vierten Platz.

8 Problematischer Klimaschutz

Die hohen Verbraucherpreise machen die Bürger zurückhaltend gegenüber Themen, die ebenfalls mit Kosten für sie verbunden sein könnten. Die Befragten halten besseren Klimaschutz zwar mehrheitlich für wichtig, aber 53 Prozent von ihnen sind nicht bereit, für den Klimaschutz höhere Energiepreise zu bezahlen. Nur 26 Prozent würden für den Klimaschutz tiefer in die Tasche greifen.

Es überwiegt die Sorge, der Klimaschutz und die Energiewende könnten für den Einzelnen große finanzielle Belastungen mit sich bringen. Die Angst vor zusätzlichen Ausgaben hängt stark von der Höhe des Einkommens ab. In der Bevölkerung insgesamt erwarten 53 Prozent eine große finanzielle Belastung durch Klimaschutzmaßnahmen, eine weniger große erwarten 31 Prozent. Erheblich größer sind die Befürchtungen bei den Befragten, die schon jetzt durch die aktuellen Preissteigerungen stark belastet sind. Aus dieser Personengruppe gehen 68 Prozent davon aus, dass die Maßnahmen für besseren Klimaschutz ihnen und ihrer Familie finanziell schwer zu schaffen machen werden. Nur jeder Fünfte schätzt die Belastungen als weniger groß ein.

9 Verbrenner soll bleiben

Die Sympathie für den Klimaschutz überwiegt zwar bei den Befragten. Sie ist aber oft theoretischer Natur. Wenn es konkret wird, sieht es bei vielen anders aus. 56 Prozent der Baden-Württemberger sind dagegen, dass ab 2030 keine neuen Autos mit Benzin- oder Diesel-Motoren mehr zugelassen werden sollen. Auf dem Land sagen dazu sogar 64 Prozent Nein. In den Großstädten sind es 47 Prozent. Ausdrücklich für ein Verbot des Verbrennungsmotors treten in den großen Städten 31 Prozent ein, auf dem Land sind es lediglich 18 Prozent.

10 Wer ist reich?

Vermögenssteuer und höhere Steuern für Spitzenverdiener standen im Bund zur Debatte. Doch wer ist reich? Es muss jemand schon ein Jahreseinkommen von mehr als 500 000 Euro haben, damit er wohlhabend ist, meinen acht Prozent der Befragten. 38 Prozent finden dagegen, reich ist schon, wer auf mindestens 100 000 Euro kommt. 30 Prozent sehen die Reichtumsgrenze bei 200 000 Euro.

INFO

Was ist der BaWü-Check?

■ Aktion
Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die das Institut für Demoskopie Allensbach inzwischen zum siebten Mal durchgeführt hat.

■ Befragung
In der Zeit vom 28. Oktober bis zum 8. November wurden in Baden-Württemberg 1020 Personen online befragt. Die per Zufall ausgewählten Personen erhielten eine E-Mail und konnten über einen Link zum Fragebogen gelangen. Der Fragebogen umfasste 14 Fragen. Die Befragten konnten vorgegebene Antworten anklicken.

■ Auswahlmethode
Befragt wurden Personen ab 18 Jahren aus der deutschsprachigen Bevölkerung in Baden-Württemberg. Die Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl ermittelt, erklärt das Institut für Demoskopie in Allensbach.